

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 51 (1972)
Heft: 9

Artikel: Zur Politik der SP in den Gemeinden
Autor: Kuster, Jean-Pierre / Studer, Heinzpeter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338555>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Politik der SP in den Gemeinden

Jean-Pierre Kuster und Heinzpeter Studer sind Mitglieder der Jungsozialisten Zürcher Oberland, die als Herausgeber der Zeitschrift «Infrarot» zeichnen. Die beiden vorgenannten Mitarbeiter haben sich bereits einmal in ihrem Organ mit der Kommunalpolitik der SP befasst («Infrarot» Nr. 3). Wir sind ihnen dankbar, dass sie sich bereit erklärt haben, ihre Überlegungen auch in unserem Blatt zur Diskussion zu stellen. Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht versäumen, auf die interessante Schrift «Infrarot» aufmerksam zu machen (vgl. Inserat im «Profil»). «Infrarot» ist ein «Diskussionsforum für Theorie und Praxis der demokratischen Linken» und zielt somit, wenn auch etwas unbeschwerter, in die gleiche Richtung wie unsere Schrift. Wir wünschen den Herausgebern von «Infrarot» recht viel Ausdauer und Erfolg.

Die Redaktion

1. Kritik der Kommunalpolitik

Der Aufbau des schweizerischen Staates und die geübte Praxis des Politisierens brachte frühzeitig eine aktive Betätigung sozialdemokratischer Politiker in den Exekutivorganen der Gemeinden. Diese langgeübte «positiv-aufbauende» Mitarbeit in der Kommunalpolitik führte schon früh zur Integration ins bürgerliche Kräftespiel. Diese Tendenz wurde zusätzlich noch verstärkt durch den im Vergleich zu Kantonen und Bund engeren Spielraum. In der Gemeinde dominierte so scheinbar der Sachzwang noch viel stärker: die Probleme wurden nicht mehr als politische verstanden. Als dann nach dem Zweiten Weltkrieg die Sozialdemokratie sich ganz in den bürgerlichen Staat integrierte und im Schatten des Kalten Krieges die bürgerliche Pluralismus-Ideologie zu der ihren machte, glich sich die sozialistische Kommunalpolitik vollends der herrschenden an. Inwieweit früher eine sozialistische Kommunalstrategie vorhanden war und ob eine adäquate Praxis jemals funktionierte, soll im Rahmen dieses Aufsatzes nicht weiter verfolgt werden. Heute jedenfalls lässt sich eine totale Profillosigkeit in der sozialistischen Gemeindepolitik feststellen. Im Zeichen der totalen Verproportionalisierung der Politik erhebt die SP zwar jederzeit Anspruch auf die ihr «rechtmässig» zustehenden Sitze. Die Frage jedoch, in welchem Sinne diese Mandate ausgefüllt werden sollten, wird nicht gestellt. Eine Einordnung der Behördetätigkeit in den Rahmen der parteipolitischen Zielsetzungen findet nicht statt. Im Gegenteil: einmal gewählt, versteht sich der Mandatinhaber nicht mehr als Vertreter der ihn tragenden Basis; er strebt vielmehr «Überparteilichkeit» an. Er

löst sich so von seiner Partei und wird objektiv zum Sachwalter der herrschenden Ordnung. Weiter kommt hinzu, dass die SP als grosse Partei vom Proporzkuchen einen starken Anteil beanspruchen kann. Sie wird deshalb nur zu oft von karrierebewussten Politikern als Sprungbrett für ihre persönliche Laufbahn gebraucht. Dass von diesen Mandatinhabern kaum je eine Politik im Sinne ihrer Basis erwartet werden kann, muss nicht weiter ausgeführt werden.

Man verstehe uns recht: Wir möchten keinesfalls behaupten, dass die sozialdemokratischen Behördemitglieder generell ihrer Aufgabe nicht gewachsen oder gar untüchtig wären. Nur: was von ihnen ausgeführt wird, wäre von bürgerlichen Politikern meist gleich oder wenigstens ähnlich gemacht worden. Die objektiv fortschrittlichere Politik der SP-Mitglieder reicht in der Regel nur für einen zeitlichen Vorsprung; die von ihnen zum Teil oft mühsam durchgesetzten Reformen werden von den Bürgerlichen später ebenfalls übernommen, ganz einfach weil sie zeitbedingt selbstverständlich geworden sind. Zu einer Verschiebung des Kräftegleichgewichts oder gar zu grundlegenden Änderungen führen diese Reformen jedoch nicht.

Heute vorhandene kommunale Krebsübel, wie die private Bodenspekulation oder die Zersiedelung der Landschaft, konnten durch sozialistische Exekutivleute nicht verhindert werden. SP-Kommunalpolitiker weisen immer auf ihre Erfolge in der Sozialpolitik (Altersbeihilfe, Fürsorge) hin – ein Bereich, der auch von anderen Parteien als SP-Revier anerkannt wird. Allerdings dürfte gerade bei der heutigen Tendenz der Verlagerung der Sozialpolitik (im Sinne der Bereitstellung der materiellen Existenzgrundlagen) auf Bundesebene eine Neuinterpretation dieses Kommunalbereichs nötig werden, falls die SP in der Gemeinde nicht auch ihr Paradegebiet verlieren will.

Die SP-Behördemitglieder sind, wenigstens was ihren kommunalen Tätigkeitsbereich betrifft, isoliert von ihrer Sektion, die doch durch den Vorschlag für ihre Wahl in erster Linie verantwortlich ist. Vorerst ergibt sich das einmal aus dem vorher erwähnten Selbstverständnis des Behördemitglieds, das sich über die Parteien stellt. Trefflichste Illustration für diese Einstellung dürfte momentan die Haltung der Zürcher Stadträte zum sogenannten Ypsilon sein: Obwohl die überwältigende Mehrheit der SP-Mitglieder und wahrscheinlich auch der betroffenen Bevölkerung gegen das Verkehrsprojekt ist, verbeten sich die SP-Stadträte strikte jegliche Einmischung des Fussvolkes in ihre Geschäfte und sind nicht willens, die Meinung ihrer Basis zu berücksichtigen. (Wir haben im «Infrarot» Nr. 2 dieses Problem bereits ausführlich behandelt: Materialien zum Programm der radikalen Demokratie.)

Um jedoch den Behördeleuten gerecht zu werden, muss auch festgehalten werden, dass die Sektionen kaum in der Lage sind, die permanente Kommunikation zu ihren Vertretern aufrechtzuerhalten, geschweige denn

ihnen eine aktive Unterstützung zu leihen oder ihnen praktische Anregungen für eine sozialistische Politik zu vermitteln. Oft kann die Sektion nicht einmal für genügende Verbindung unter den verschiedenen SP-Behördevertretern sorgen, was nicht selten zu peniblen und widersprüchlichen Situationen führt.

2. Kritik der Sektion

Wenn wir im folgenden die bisherige Praxis der SP-Sektionen einer schonungslosen Kritik unterziehen, so möchten wir diese keinesfalls total abgewertet wissen. Wir sind jedoch der Auffassung, dass Sektionen, die gewillt sind, eine aktive Basis- und Lokalpolitik zu betreiben, auch ihre Parteiarbeit und -organisation überprüfen müssen. Unsere Kritik basiert weitgehend auf unseren eigenen Erfahrungen. Gespräche mit Genossen aus andern Sektionen (vorwiegend Landschaft) bestätigen allerdings deren allgemeine Bedeutung.

Zum ersten liegt die Parteiführung meist in Händen bereits überlasteter Funktionäre. Die Parteiarbeit ist für sie eine Aufgabe nebst vielen andern, wie Behörde- und Kommissionstätigkeit, gewerkschaftlichen Pflichten usw., so dass sie ihr nicht genügend Zeit einräumen können. Ein Parteiapparat, der rasches Handeln ermöglicht, ist kaum vorhanden. Entscheide, die relativ kurzfristig getroffen werden müssen, werden direkt an der Spitze gefällt. Administrative Hilfsmittel, einfachste Managementmethoden sind nicht bekannt oder werden nicht angewendet.

Zur Kritik Anlass gibt ferner die parteiinterne Kommunikation. Gerade die Partei, die postuliert, dass die Meinung an der Basis gebildet werden müsse, ist nicht in der Lage, die dazu notwendige Information zu liefern. Sofern die Information von der SPS oder der Kantonalpartei überhaupt bis zur Ortssektion vordringt, bleibt sie meist beim Vorstand hängen. Das Basismitglied ist daher über die Politik der Gesamtpartei nur ungenügend unterrichtet und muss seine Information vorwiegend aus der Presse beziehen. Von der frühzeitigen und vertraulichen Information ist es meist ausgeschlossen. Es ist ihm (abgesehen davon, dass es zur Meinungsbildung der Partei nichts beitragen kann) daher kaum möglich, sich für die Forderung der Partei aktiv einzusetzen. Die früher geübte Basisagitation, die angesichts der für jeden klar erkenn- und durchschaubaren Missstände leichter möglich war, ist heute, da die Komplexität der Probleme oft den persönlichen Erfahrungsraum oder materiellen Bereich übersteigt, ohne genügende Information und Schulung nicht mehr praktikierbar.

Die Desinformiertheit des Basismitglieds trägt wesentlich zu dessen Passivität bei. Ferner ist es der Partei auch nicht gelungen, ihren Mitgliedern nebst der Funktionärs- und Behördetätigkeit andere Aktionsbereiche zu erschliessen. Das neueintretende Mitglied wird, sofern es nicht in die Funktionärslaufbahn gelangt, seine anfängliche Motivation verlie-

ren und bald die Kategorie Karteileichen verstärken, gleich der Mehrheit der Mitglieder in den meisten Sektionen, die ihre Zugehörigkeit zur Partei höchstens noch mit ihrem finanziellen Beitrag manifestieren.

Ungenügend ist auch die Öffentlichkeitsarbeit, wenn auch zugegeben sei, dass sie oft durch bürgerliche Meinungsmonopole erschwert wird. Ausser der konventionellen Berichterstattung in der Lokalpresse (sofern möglich) und in der ausserhalb der Linken nur wenig verbreiteten «AZ» wurden kaum neue Formen der Kommunikation erprobt. Eine weitergehende Öffentlichkeitsarbeit pflegt die SP auch nur in Wahlzeiten. Hier steht sie dann in den immer mehr überhandnehmenden Materialschlachten zum vornherein auf verlorenem Posten. Die SP verwendet so den grössten Teil ihrer beschränkten finanziellen Mittel in Zeitpunkten, in der ihre Propaganda neben der massiven bürgerlichen nur schwer zur Geltung kommt.

3. Ansatz zur Strategie der Kommunalpolitik

Ist dieses Elend in der Arbeit und Organisation der Parteisektion dafür verantwortlich zu machen, wenn die Kommunalpolitik der SP profillos, zufällig und nicht überzeugend wirkt? Dieser Schluss wäre sehr unkritisch: er müsste verschweigen, dass Arbeit innerhalb der Partei und in der Bevölkerung sich gegenseitig bedingt, ihrerseits aber bestimmt wird durch den Sinn, den das einzelne Parteimitglied dieser Arbeit zuzuschreiben vermag. Fehlen die Einsicht in den Zusammenhang zwischen sozialer Wirklichkeit und eigener politischer Tätigkeit sowie die Überlegungen zum Ziel der angestrebten grundlegenden Veränderung der bestehenden Verhältnisse, ist das politische Engagement also theorielos, so kann das Erlahmen der Arbeit in der Partei und Bevölkerung nicht erstaunen – auch nicht im scheinbar beschränkten Rahmen der Kommunalpolitik, die eben nicht (wie in der Regel vorausgesetzt wird) eine Politik relativ geringer geistiger Anstrengung sein kann, sondern die sich von der sogenannten «grossen» Politik hauptsächlich durch den anders gewählten Ansatz unterscheiden müsste. Wäre die SP hingegen eine Partei, die sich durch rege Theoriediskussionen auszeichnet, deren Mitglieder sich also sehr dafür interessieren, was heute ist, möglich ist, wünschbar sei: dann wäre zu erwarten, dass diese Partei eine Strategie entwirft, um aus der Erkenntnis des heutigen Zustandes heraus das Wünschbare möglich zu machen – auch gerade in den Gemeinden.

Was das letztendliche Ziel sozialistischer Politik betrifft, ist bis heute kaum eine Theorie greifbar, auf der man aufbauen könnte. Das Allgemeinverständnis der Sozialisten beschränkt sich auf einige Skizzen: Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft, Aufbau der neuen Gesellschaft von der Basis her, Selbstbestimmung des Menschen. Aus der Schwäche der bisherigen sozialistischen Theorie in der Frage der Zielproblematik ergibt sich notwendigerweise auch eine Schwäche der Strategie. Immerhin

scheinen sich die Sozialisten auf einige Punkte einigen zu können: die Strategie muss auf die Überwindung des bestehenden Systems angelegt sein, muss an der Basis der Bevölkerung (Betriebe, Gemeinden, Schulen usw.) ansetzen und der Bevölkerung deshalb einsichtig sein.

Kommunalpolitik ist eines der möglichen Aktionsfelder dieser Strategie, für die lokal organisierten Sektionen der Partei ist sie naheliegend. (Am Rande sei hier darauf hingewiesen, dass Kommunalpolitik meist nur im Reproduktions-, selten im Produktionsbereich wirksam werden kann – eine nicht unbedeutende Tatsache, auf die hier allerdings nicht weiter eingegangen werden kann.)

3.1 Basis

Die Bedeutung der Kommunalpolitik ergibt sich nicht nur aus strategischen Überlegungen (Gemeindeautonomie als wirkliche oder zumindest ideologische Gegebenheit in der Schweiz), sondern vor allem aus der theoretischen Bestimmung, dass der Sozialismus an der Basis ansetzen und von ihr getragen werden muss. Für eine Parteisektion heisst demnach Basis die Bevölkerung der Gemeinde. Für die regionalen und kantonalen Parteigruppen und für die SPS heisst Basis folgerichtig: die in Gemeinden erfassbare Bevölkerung des Landes oder eines Landesteils. Unter Basis wird andererseits gerade die Mitgliedschaft (der Parteisektionen) verstanden; die Doppeldeutigkeit des Begriffs verweist notwendigerweise auf den Verlauf der SP-Politik: die Parteimitglieder müssen als Angehörige der politischen «Avantgarde» in und mit der Bevölkerung wirksam werden.

3.2 Ziel der kommunalpolitischen Strategie

Die Aktivität der Parteisektion darf niemals nur dazu verwendet werden, mehr Wähler, mehr Mitglieder, mehr Einfluss zu gewinnen. Dies wäre zweifellos auch eine Strategie, allerdings eine schlechte: die numerische Stärke der Partei gewährleistet ja in keiner Weise die Verwirklichung der theoretisch gesetzten Ziele. Wenn es uns letzten Endes darum geht, die Menschen für den Kampf um die Bestimmung über sich selbst zu gewinnen, muss sich die Strategie der Kommunalpolitik folglich zum Ziel setzen, der Bevölkerung die Sache der Gemeinde in die Hände zu geben, sie also zur Selbstorganisation zu führen – und zwar so, dass die solidarisch innerhalb der Gemeinde Organisierten sich nicht auf das Erreichte beschränken, sondern erst recht zu weiterführenden Aktionen bereit sind.

Stichwortartig heisst kommunalpolitische Strategie also: Aufgreifen von Problemen in der Gemeinde; Orientierung, Aktivierung und Organisation der Bevölkerung; Bewusstmachung der Problemzusammenhänge; Formulierung und Durchsetzung von Forderungen. (Siehe dazu auch den letzten Abschnitt des Artikels über Reformen oder Revolution in «Infrarot» Nr. 1.)

3.3 System und Strategie

Gerade auch in der Kommunalpolitik wird man nicht um die grundsätzliche Problematik sozialistischer Politik unter kapitalistischen Verhältnissen herumkommen: sind durchgesetzte «Änderungen» und «Neuerungen» Erfolge, Grundlagen zur Überwindung des kapitalistischen Systems – oder verbessern und stärken sie es bloss? Die Strategie der systemüberwindenden Reformen (wie sie im «Infrarot» Nr. 1 dargelegt wurde und wie sie ähnlich auch Norbert Gansel, «Überwindet den Kapitalismus», rororo 1499, Seiten 79–100, auffasst. Siehe dazu auch Karsten Voigt in H. Bussiek, «Wege zur veränderten Gesellschaft», Fischer TB 1205, Seiten 71–102), eine bestimmte Art des politischen Vorgehens, losgelöst von irgendwelchen typischen Aktionen, steht im Gegensatz zur üblichen SP-Kommunalpolitik, die vor allem von ganz bestimmten Aktionsinhalten auszugehen scheint. Sie verliert dabei den Überblick, die Kenntnis von hintergründigen Zusammenhängen. Wohl nirgends so deutlich wie in der Kommunalpolitik zeigt sich, wie sehr sich die SP immer wieder in punktuellen Aktionen aufreißt. Man kann mit punktuellen Aktionen freilich einige Erfolge erringen – aber auch noch so aktive Parteisektionen mussten wohl die bittere Erfahrung machen, dass die Bevölkerung nach dem Erreichen populärer Forderungen das Interesse an der Partei, an der Gemeinde, an weiteren Aktionen sehr rasch wieder verliert.

Das heisst aber, dass es bisher in der Gemeindepolitik kaum je gelang, Reformen durchzusetzen, ohne das System zu stärken. Es wäre töricht, der «uninteressierten» Bevölkerung die Schuld dafür zu geben. Doch eher dürfte sich in der Parteisektion die Frage stellen, ob der politischen Aktivität überhaupt eine Strategie zugrunde lag – und ob sie richtig war.

Diese Frage lässt sich nicht mit dem Hinweis beiseite schieben, man habe ja möglichst «linke» Aktionen durchzuführen versucht. Der Inhalt der Aktionen steht *hier* nicht zur Beurteilung, vielmehr: wie die Aktionen verwertet wurden. Die Strategie der systemüberwindenden Reformen, eine sozialistische Strategie überhaupt, besteht ja nicht einfach darin, irgendwelchen zurzeit aktuellen Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen, sondern darin, die sich in den Aktionen abzeichnende Selbstorganisation der Bevölkerung zu fördern. Die damit angestrebte Solidarisierung der Basis ist eine grundlegende Voraussetzung für das Aufbrechen der Systemwidersprüche. Ob die dabei entstehenden Konflikte aufgegriffen und ausgetragen werden, hängt vom Bewusstseinsstand der Bevölkerung ab – davon also, ob schon die ersten Aktionen Anlass politischer Schulung waren, in der die tieferen Zusammenhänge, die erst zur Aktion führten, aufgezeigt und verständlich gemacht wurden.

Eine Partei, die auf diese Gegebenheiten keine Rücksicht nimmt, die keinen Wert darauf legt, ihre Mitglieder politisch zu schulen und sie vertraut zu machen mit den Methoden, Menschen zur Selbstorganisation anzuleiten – eine solche Partei wird wohl immer über mangelndes Interesse

der Bevölkerung klagen. Was bleibt da zu wünschen als: na, dann überwindet mal schön . . .

3.4 Ein Katalog von Aktionen

Die Frage: Was für Aktionen sollen gestartet werden? lässt sich kaum vom Schreibtisch aus beantworten. Man wird hier von den Gegebenheiten der Gemeinde, der Region usw. und von der Fähigkeit der Sektion auszugehen haben. Eine «Spezialisierung» der Sektionsarbeit kann sich deshalb allein auf Grund der spezifischen Verhältnisse ergeben. Dabei wird die Konzentration der Kräfte auf wenige Problemkreise vorerst unumgänglich sein, darf aber Aktionen in andern Bereichen nicht einfach ausschliessen.

Im nachfolgenden Katalog weisen wir (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) auf Probleme hin, die sich in jeder Gemeinde aufgreifen lassen, bisher von der SP aber oft vernachlässigt wurden:

Planung: Verkehr, Wohnen, Bauen, Zonenplan, Quartierpläne (wie viele Einfamilienhäuser?). Landpreise, insbesondere bei Verhandlungen mit der Gemeinde, Verdrängung der Grünzonen an die Peripherie, Citybildung. Durchgangs- oder Umfahrungsstrassen? Industrieansiedlung, Erhöhung des kommunalen Wohnungsbaues für Benachteiligte. Wohnbaugenossenschaften und Mietervereine gründen und sie aktiv in die Planung der Gemeinde einschalten.

Kommunikation: Schlafstadt, Fremdarbeitergetto, Siedlungsstruktur, Kulturbetrieb. Aufzeigen der Gründe der persönlichen Isolation, Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten. Den Fremdarbeitern politisches Gehör in der Gemeinde verschaffen. Vorschläge zur Gestaltung des kommunalen Kulturbetriebs, allenfalls alternative Veranstaltungen.

Schule, Erziehung, Bildung: Tätigkeit der Schulpflegen untersuchen, Elternräte gründen. Auseinandersetzungen mit Kinderhorten und -krippen, Aufklärung über Erkenntnisse der modernen Erziehungswissenschaft, Vorschulunterricht, Kinderläden. Intensivierung der kommunalen Erwachsenenbildung, Kritik pseudo-progressiver Schulexperimente (im Kanton Zürich ab Frühjahr 1972 «Gesamtschul»-Versuche).

Gemeindedemokratie: Transparenz der Entscheidung fordern. Kritik der verkürzten Alternative Gemeindeversammlung oder Gemeindeparlament. Analyse der Funktion von Ortsparteien, Vereinen, Behörden und Bevölkerung. Vorschläge zur Demokratisierung.

3.5 Wie beginnen?

Die wenigsten Parteisektionen werden auf eine dermassen veränderte, anspruchsvollere Kommunalpolitik vorbereitet sein. Zwei Probleme stehen im Vordergrund: die Aufarbeitung der Grundlagen zu den Aktionen und das Gewinnen von Leuten, die zur Mitarbeit bereit sind. Beide Probleme sind voneinander abhängig. Es dürfte günstig sein, sich vorerst ein-

mal über die Gegebenheiten der Gemeinde Klarheit zu verschaffen. Der Vorstand oder eine dazu bestimmte Kommission bereitet ein Aktionsprogramm vor, das an einer speziellen Tagung der Sektion besprochen und beschlossen wird. Die im Aktionsprogramm aufgeführten Punkte werden zu Themen für Arbeitsgruppen, sie haben das Material für die Aktionen zu beschaffen, aufzubereiten und umzusetzen.

An diesen Vorarbeiten sind möglichst viele Mitglieder, auch bisherige Karteileichen, und Sympathisanten der Sektion zu beteiligen. Die Bevölkerung soll in der Lokalpresse und durch andere Informationsträger rechtzeitig auf die Aktionen vorbereitet werden, also nicht erst nach Abschluss der Vorarbeiten. Dabei ist die Teilnahme in den Arbeitsgruppen auch für weitere Kreise zu ermöglichen. Ob diese der Partei beitreten oder nicht, ist im Augenblick unwesentlich. Entscheidend ist die Anleitung zur Selbsthilfe für die Bevölkerung der Gemeinde.

In den oberen Schichten wurde Abtreibung immer als moralisches Problem begriffen, da die Erfahrung materieller Not fehlt und abgewehrt wird. Vom Blickpunkt der «Oberen» waren die Leiden der «Unteren» immer ein Schauspiel, geduldig ertragen, gewinnen sie sogar etwas Erhebendes. Die Natürlichkeit einer Welt, in der Ausbeutung ein herrschendes Element ist, vorausgesetzt, wird die Auflehnung gegen sie ein Verbrechen an der Ordnung der Dinge.

Christian Klinger im «Neuen Forum», Februar 1972
